

Arbeitsbesuch von Botschafter Jenö C.A. Staehelin in Rumänien vom
24. - 27. Juni 1991

Der Chef der Politischen Abteilung I, Botschafter Jenö C.A. Staehelin (SIN) weilte zwischen dem 24. und 27. Juni 1991 in Rumänien (Bukarest und Sibiu).

SIN führte bei dieser Gelegenheit Gespräche mit Aussenminister Nastase, den Staatssekretären Melescanu (Aussenministerium) und Negritoiu (Chef der rumänischen Entwicklungsagentur), mit Vertretern der aussenpolitischen Kommission des Parlaments sowie anlässlich einer Reise nach Siebenbürgen mit Vertretern der Präfektur Sibiu (Hermannstadt). Im weiteren hatte er Gelegenheit, anlässlich von Arbeitssessen Vertreter der parlamentarischen Opposition und der ungarischen und deutschen Minderheiten zu treffen sowie Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und den Chefredaktor der wichtigsten oppositionellen Zeitung.

Inhalt der Gespräche bildeten neben den bilateralen Beziehungen die Lage in Europa, die Leitlinien der rumänischen Aussenpolitik sowie die Situation im Lande selbst.

Die bilateralen Beziehungen sind unbelastet von bedeutenderen Problemen; sie waren bisher allerdings nicht besonders eng und durch eine gewisse schweizerische Zurückhaltung gekennzeichnet. Aussenminister Nastase stellte denn auch fest, dass es der rumänischen Seite ein wichtiges Anliegen sei, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern durch Kontakte auf allen Ebenen sowie durch Treffen zwischen den Aussenministern zu vertiefen.

Im weiteren wurde rumänischerseits allenthalben der Wunsch nach einem stärkeren schweizerischen Engagement in der Unterstützung des rumänischen Reformprozesses geäußert. Dies gab SIN die Gelegenheit, die diesbezügliche schweizerische Position darzustellen (Konditionalität) und auf die Wichtigkeit des baldigen Abschlusses eines Doppelbesteuerungs- und Investitionsschutzabkommens hinzuweisen.

Unsere Philosophie, im Rahmen der Hilfe für die mittelosteuropäischen Staaten nur durch die Partnerländer definierte Projekte zu unterstützen, ist nach Auffassung der rumänischen Gesprächspartner für ihr Land nur begrenzt anwendbar. Es fehlen Fachleute, die dazu imstande sind. Aufgrund des Mangels an Fachleuten und Know-how ist Rumänien auf technische Unterstützung bezüglich der Evaluation und mithin der Definition von Projekten in den verschiedenen Bereichen angewiesen (z.B. beim Aufbau eines Banken- und Versicherungssystems oder zur Produktivitätssteigerung, durch Verbesserung bestehender Anlagen, im Energiesektor). Bisher wurden Entscheide in den Betrieben fast ausschliesslich nach nicht-betriebswirtschaftlichen Kriterien (Parteizugehörigkeit, Beziehungen, Bestechung) getroffen. Die für die Evaluation und Definition von Projekten notwendige Kenntnis und Anwendung elementarer be-

triebswirtschaftlicher Instrumente (doppelte Buchhaltung, Kostenrechnung, Bilanzanalyse u.a.m.) sind nicht vorhanden. Die staatliche rumänische Entwicklungsagentur versucht, die Hilfe der G-24 Länder zu koordinieren, zwischen ausländischen Investoren und rumänischen Unternehmen zu vermitteln - insbesondere durch Abklärung von rumänischen Investitionsbedürfnissen - und durch Imagepflege die (angebliche) Diskrepanz zwischen der rumänischen Realität und deren Bild im Ausland zu verringern.

In der Aussenpolitik sieht sich Rumänien nach dem Zerfall des alten Systems mit der grossen Aufgabe konfrontiert, ein neues Netz von Strukturen aufzubauen, nachdem die traditionellen Bezugspunkte des Landes wie Comecon und Warschaupakt aufgelöst worden sind. Diese Neuorientierung soll auf drei Ebenen stattfinden.

Die erste Ebene soll durch ein enges Netz bilateraler Beziehungen mit den andern Staaten innerhalb, aber auch ausserhalb Europas gebildet werden. Mit möglichst vielen Ländern sollen die vertraglichen Bindungen in den Bereichen Sicherheit, Politik, Wirtschaft und Kultur eng geknüpft werden.

Auf der zweiten Ebene zielt die rumänische Aussenpolitik darauf ab, die Zusammenarbeit im Rahmen regionaler Strukturen zu intensivieren. Dazu gehören ein verstärktes Engagement in der Balkan-kooperation, der Schwarzmeerkoperation, der Donaukooperation und - soweit möglich - in der Pentagonale. Mit Bezug auf die Balkan-kooperation räumte die rumänische Seite ein, dass zwar gewisse Mitgliedsländer sich in grossen internen Schwierigkeiten befinden und es auch zwischen einzelnen Staaten, wie z.B. zwischen der Türkei und Bulgarien, Probleme gibt, dass jedoch der politische Wille aller Beteiligten zu enger Kooperation nicht bezweifelt werden könne.

Der Schwarzmeerkoperation kommt nach rumänischer Auffassung im politischen Bereich besonders deshalb grosse Bedeutung zu, weil hier die UdSSR zu den Teilnehmerstaaten gehört. Es gelte, in der zukünftigen Entwicklung europäischer Strukturen die Sowjetunion unbedingt einzuschliessen. Im wirtschaftlichen Bereich setzt Rumänien im Rahmen dieser Zusammenarbeit vor allen Dingen auf die wachsende Wirtschaftskraft der Türkei, die, so hofft man, bald in der Lage sein werde, zu einem wichtigen Investor auch in Rumänien zu werden.

Der Donaukooperation schliesslich wird in Zukunft vermehrt Bedeutung zukommen, weil sie zwischen den verschiedenen regionalen Zusammenschlüssen eine Brückenfunktion übernehmen kann.

In der Pentagonale hat Rumänien kürzlich in Budapest an einem durch die Ungaren koordinierten Treffen der Projektgruppe "Kleine und mittlere Unternehmungen" teilgenommen. Dies wird in Bukarest als gutes Zeichen für eine in Zukunft engere Zusammenarbeit auch mit dieser Ländergruppe gesehen.

Auf der dritten, obersten Ebene strebt Rumänien eine neue Verankerung in europäischen Sicherheitsstrukturen an. Antriebsfeder für dieses Bestreben bildet die klar zum Ausdruck gebrachte Sorge um die äussere Sicherheit des Landes unter den gegenwärtigen Umständen. Nach rumänischer Ansicht befindet sich das Land in einem gefährlichen strategischen Vakuum. Es sieht sich von Ländern umgeben, über deren zukünftigen Weg Unklarheit besteht - wie im Fall der UdSSR und Jugoslawiens - oder demgegenüber - wie im Falle Ungarns - die rumänischen Gesprächspartner ein tiefsitzendes Misstrauen nicht verhehlen können.

Nachdem man in Bukarest davon ausgeht, dass die NATO auf absehbare Zeit nicht bereit sein wird, den osteuropäischen Staaten Garantien irgendwelcher Art zu gewähren, bestünde nach den Vorstellungen der rumänischen Aussenpolitiker die Möglichkeit zur Schaffung neuer Strukturen. Rumänien hat bereits versucht, die andern ehemaligen Warschaupaktstaaten zu einer Uebereinkunft im Stil der WEU zu gewinnen. Dieses Vorhaben stiess jedoch auf wenig Unterstützung bei den prospektiven Partnerländern. In den Augen der ehemaligen Bruderländer ähnelte dies zu stark dem eben zu Grabe getragenen Warschaupakt, auch wenn ein Mitmachen der Sowjetunion im rumänischen Vorschlag nicht enthalten war.

Die rumänischen Gesprächspartner charakterisierten die bilateralen Beziehungen mit wichtigen Partnerländern wie folgt:

Das Verhältnis zum grossen Nachbarn Sowjetunion wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Das grosse Interesse, welches der kürzlich unterschriebene Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Ländern auch im Ausland gefunden hat, irritiert Rumänien etwas. Es wird darauf hingewiesen, dass Art. 4 des Vertrags, welcher von verschiedener Seite kritisiert worden ist, weil er die Allianzfreiheit einschränkt, eigentlich gar kein Problem darstelle. Gegen die Sowjetunion gerichtete Allianzen gebe es heute ohnehin nicht mehr. In Rumänien selbst sei Art. 20 auf viel grösseren Widerstand gestossen. Dieser nimmt indirekt Bezug auf die Annexion Bessarabiens und des Nordteils der Bukowina im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt und auf das Verhältnis Rumäniens zur Sowjetrepublik Moldau. Der Ratifikationsprozess im Parlament steht noch aus. Ob überhaupt und wann der Vertrag ratifiziert wird, steht noch nicht fest. Es scheint, dass die Rumänen abwarten möchten, wie andere mittel/osteuropäische Länder sich sowjetischen "Umarmungswünschen" (Art. 4) entziehen werden, bevor sie das interne Genehmigungsverfahren durchführen. Territoriale Forderungen gegenüber der UdSSR werden nicht erhoben, aber die Rumänen legen grossen Wert auf die Feststellung, dass es heute mit der Republik Moldau eigentlich einen zweiten rumänischen Staat gebe, mit welchem man sehr enge Beziehungen zu pflegen gedenke. Ueberhaupt sei es bedeutsam, die Beziehungen mit den einzelnen Sowjetrepubliken auszubauen. Ausser der Moldau steht dabei die Ukraine im Zentrum des rumänischen Interesses.

Bezüglich Ungarn lässt sich eine an sich nicht überraschende Doppelhaltung feststellen: zum einen wird auf die häufigen Kontakte verwiesen und auf das bilaterale Open Sky-Abkommen, und unterstrichen, wie Rumänien versuche, alle Fragen pragmatisch und in nüchterner Atmosphäre zu lösen. Andererseits schwingt ein tiefes Misstrauen gegenüber allen Wünschen Ungarns mit, und es werden Positionen vertreten, die im Verhältnis zur Moldau anders formuliert werden. So wird beispielsweise die Bedeutung der Grenzen gegenüber der Moldau relativiert, entsprechende Aussagen ungarischer Politiker mit Bezug auf Siebenbürgen jedoch scharf zurückgewiesen. Die Frage der Eröffnung eines ungarischen Konsulats in Cluj wird ebenso zum Politikum und damit hinausgeschoben - wie die Unterschrift unter ein Gesprächsprotokoll nicht gesetzt werden kann, weil die beiden Seiten sich nicht über die Bezeichnung der Rumänen ungarischer Ethnie einigen können. Die rumänische Furcht vor ungarischen Ansprüchen auf Siebenbürgen prägt die bilateralen Verhältnisse zu diesem Land auf starke Weise.

Umsomehr wird betont, dass mit Jugoslawien keinerlei Probleme bestehen. Die gegenseitigen Minderheiten - Serben hüten, Rumänen drüben - verursachten keine Probleme. Nach rumänischer Einschätzung bedeuten die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens nur einen Schritt hin zu weiteren Verhandlungen unter den Teilrepubliken. Der Druck auf Jugoslawien, eine einvernehmliche Lösung zu finden, werde auch seitens der Blockfreien in letzter Zeit verstärkt. Abgesehen von gewissen Differenzen hinsichtlich des Ansatzes zur Lösung nachbarschaftlicher ökologischer Probleme präsentiert sich das Verhältnis zu Bulgarien ebenfalls problemlos.

Die rumänischen Gesprächspartner unterstreichen, dass Rumänien zwar Europa als Hauptbezugspunkt seiner Aussenpolitik sehe. Man bemühe sich jedoch, auch ausserhalb Europas die Beziehungen mit den alten Freunden weiterzupflegen und wo immer möglich neue dazuzugewinnen. Die aussereuropäischen Staaten, insbesondere die Länder des Nahen Osten und Südostasiens bedeuten wichtige Absatzmärkte für die rumänische Wirtschaft. Deshalb wird Rumänien im Rahmen der UNO auch in Zukunft weiterhin der G-77 angehören.

Probleme bestehen einzig mit den USA. Diese verweigern Rumänien weiterhin die Meistbegünstigung mit dem klaren Argument, Rumänien müsse die Demokratisierung vertiefen. Für die rumänische Aussenpolitik stellt sich damit nicht nur das Problem des ersehnten Zugangs zu den amerikanischen Märkten, sondern sie sehen sich auch mit der amerikanischen Macht zur Beeinflussung anderer konfrontiert. Nach einer Begegnung zwischen AM Nastase und Staatssekretär Baker anlässlich des KSZE-Aussenministerrats hoffen die Rumänen auf bessere Perspektiven.

Mit Bezug auf die rumänische Innenpolitik bestand bei den verschiedenen Gesprächspartnern Einigkeit, dass die vordringlichste Aufgabe gegenwärtig darin besteht, so schnell wie möglich die neue Verfassung zu verabschieden. Danach können - eventuell noch Ende dieses Jahres - Lokalwahlen stattfinden. Erst dann ist der Weg frei für neue Parlamentswahlen.

Man erwartet, dass der FSN an Stimmen einbüßen werde. Nach Meinung gewisser offizieller Gesprächspartner kämen diese jedoch nicht den wichtigsten bürgerlichen Oppositionsparteien zugute, sondern sie würden eher nach links zum neokommunistischen Parti Socialiste du Travail abwandern, es sei denn, die wirtschaftliche Lage verbessere sich bald. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass damit westliche Hilfsmassnahmen beschleunigt werden sollen.

Was die Minderheiten betrifft, wird die Emigration der Siebenbürger Deutschen allgemein bedauert, aber resigniert anerkannt, dass diese in der jetzigen Situation kaum aufzuhalten sei. Den Ungarn, über deren zahlenmässige Stärke man streitet, wird mit grösseren Vorbehalten begegnet. Sie sind politisch in einer Partei zusammengefasst und scheinen recht gut organisiert.

Es wird zugestanden, dass Rumänien im Ausland unter einem Imageproblem leidet. Daran trage die Presse (2000 Zeitungen?!) eine grosse Schuld. Sie verzerre und übertreibe zugegebenermassen bestehende Probleme und vermittele oftmals den falschen Eindruck, Rumänien stehe vor dem Chaos. Dies sei jedoch - trotz grosser wirtschaftlicher Schwierigkeiten - nicht der Fall.

Zusammengefasst bleibt nach all den Kontakten ein ambivalenter Eindruck. Einerseits besteht die Bereitschaft zum offenen Gespräch und es existiert ein weiterer Meinungspluralismus. Aus dem Munde von Vertretern der mittleren und älteren Generation, die in irgend einer Weise mit dem früheren Regime verbunden waren, hat man allerdings manchmal Schwierigkeiten, alles für bare Münze zu nehmen. AM Nastase, dem auch von der Opposition Redlichkeit bescheinigt wird, besticht durch einen wohlthuenden Sinn für das Machbare. Ueberall kommt der Wunsch nach engeren Beziehungen zum Westen und eine grosse Wertschätzung für die Schweiz - bei vielen via Genf und das IUHEI bekannt - zum Ausdruck. Alles in allem scheint es gerechtfertigt zu sein, "le bénéfice du doute" spielen zu lassen und auch mit Rumänien in eine Phase intensiverer Zusammenarbeit zu treten.

DG-2. Juli 91 - 14

POLITISCHE ABTEILUNG I

p.B.15.21.Ro. - SIN/BUB

Bern, 1. Juli 1991

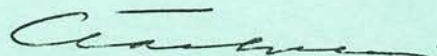
Notiz an Herrn Bundesrat R. FelberRumänien

In der Beilage finden Sie den Bericht über meine Reise nach Rumänien vom 24. - 27. Juni 1991. Ich komme darin zum Schluss, dass es trotz gewisser Zweifel gerechtfertigt ist, mit Rumänien in eine Phase intensiverer Beziehungen zu treten. Dies wird sich einerseits durch den Einbezug dieses Landes in den neuen Rahmenkredit machen lassen. Andererseits möchte ich beantragen, dass für 1992 eine bilaterale Begegnung zwischen Ihnen und Aussenminister Nastase vorgesehen wird. Letzterer ist ein Regierungsmitglied, dessen Redlichkeit auch von Mitgliedern der Opposition anerkannt wird.

Nach Ihren Reisen nach Polen, Ungarn, der CSFR und UdSSR liegt ein derartiger Kontakt mit Rumänien (und später Bulgarien und Albanien) im übrigen in der Logik unserer bisherigen Aussenpolitik gegenüber Ost/Mitteleuropa.

Da es für Sie schwierig sein dürfte, 1992 nach Rumänien zu reisen, möchte ich vorschlagen, dass Sie Aussenminister Nastase nach Bern einladen.

POLITISCHE ABTEILUNG I



J.C.A. Staehelin

Beilage erwähnt

DG-2. Juli 91 - 14

DG-2, Juli 91 - 14

Kopie m. Beilage an:

- JAC
- WOK
- NB
- Schweizerische Botschaft, Bukarest